

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: W. G. Neumann, Dresden.
Verlags- und Anzeigen-Redaktion:
Bismarck-Str. 14, Dresden.

Bezugs-Gebühr vom 22.12. bis 28.12. 1. J. 200 Millionen M.
Die Inseraten werden nach Maßstab berechnet: die einmalige 30 mm breite
Zeile 30 Pfg., für dauernd 20 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne
Kontak 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Textzeile 150 Pfg.,
außerhalb 200 Pfg. Über Gebühr 1 Pfg. Zusam. Beiträge gegen Vorbestellung.

Druck- und Anzeigen-Redaktion:
Bismarck-Str. 14, Dresden.
Telefon-Nr. 1088 Dresden.

Druck nur mit beillig. Gusszangen („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unregelmäßigkeiten werden nicht aufgebracht.

Eine wertbeständige Weihnachts-Ueberraschung

Im besten Sinne des Wortes bereiten Sie Ihren Damen durch einen Gutschein auf **Hach-Schra-Dauerwellen** nach dem orig. amerik. Nestle-Dauerwellverfahren. Sie verwandeln das widerspenstige Haar in tiefe, prachtvolle Wellen, die selbst bei feuchtem Wetter nichts von ihrer Schönheit einbüßen. Eine sinnige Behandlung in meinem Institut — dauerndes Vergnügen an einer haltbaren, modern. Frisur!

Gegründet 1900 Ringstr. 14 (am Bismarck-Denkmal) — A. Hachmeister-Schrader, Dresden — Waisenhausstraße 15 Fernruf: 21216

Frankreichs Prüfung der deutschen Ernährungslage.

Untersuchungsauftrag der Repho an den Berliner Garantieauschuh. — England gegen eine Beschränkung der Untersuchungs-befugnisse der Repho. — Wachsende innerpolitische Opposition gegen Poincaré. — Der Hochverräter Mathes als Zeuge im Düsseldorf-Prozess.

Die Untersuchungen des Garantiekomitees.

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung.
Berlin, 22. Dez. „Welt-Variété“ teilt heute mit, daß das Garantiekomitee bereits gestern nachmittags zusammengetreten und nach einer kurzen Beratung in sein Bureau in Berlin telegraphierte und es aufforderte, ihm so früh wie möglich

Erläuterungen über die Ernährungslage Deutschlands

ausgeben zu lassen, um den Bericht fertigzustellen, mit dem es gestern von der Reparationskommission beauftragt worden ist. Dieser Bericht könne sehr bald fertig gestellt werden und je nach der Antwort der Reparationskommission übermittle werden. Nach der Angabe Berliner unterrichteter Kreise ist diese Meldung zu treffen. Der Garantieauschuh hat seinen hiesigen Vorsitzenden heute ersucht, ihn eine ganze Reihe präzisierter Fragen, die sich auf die Getreideverträge, die Weltverträge und andere wichtige Lebensmittelfragen für Deutschland beziehen, eingehend zu beantworten.

Die Entscheidung über den deutschen Antrag auf das Vorkaufsrecht insofern als verhängt, als solches zur Erlangung der amerikanischen Lebensmittelkredite notwendig ist, wird also zu einem wesentlichen Teil davon abhängen, wie sich die deutsche Ernährungslage in den Antworten spiegelt, die das hiesige Garantiekomitee auf die ihm gestellten Fragen geben wird.

Die deutschen Reichsstellen, an die sich die Berliner Vertretung des Garantiekomitees ebenfalls wenden dürfte, werden alles tun, um das Bild des deutschen Lebens in klar und deutlich vor die Augen der Angelegenheit des Komitees treten zu lassen.

Paris, 22. Dez. Zum gestrigen Beschluß der Reparationskommission schreibt „Echo de Paris“, die Delegierten hätten schmerzlich, daß es ihnen nicht möglich sei, sich über das Sachliche der Angelegenheit zu verständigen. Sie hätten sich deshalb nur über den Beginn der Prozedur geeinigt und die deutsche Forderung an die alliierten Regierungen übermittelt. Dadurch habe die Reparationskommission anerkannt, daß sie die Angelegenheit nicht leicht abgeben könne, da sie seit mehr als zwei Jahren das Mandat habe, die finanziellen Mittel des Berliner Vertrages auszuführen und auszuführen. Die Reparationskommission sehe also voraus, daß ihr die Angelegenheit zur Entscheidung

ausfallen werde. Denn sie habe ja ihren Garantieauschuh, der seit zwei Jahren brach liege, bereits beantragt, eine ernste Untersuchung über die Hilfsquellen Deutschlands an Brotgetreide und Speisegetreide vorzunehmen. Das Blatt wirft dann die Frage auf, unter welchen Bedingungen man, wenn der Garantieauschuh ein Teiligt an Nahrungsmitteln stellstelle, die verlangte Erlaubnis erteilen werde und für welchen Betrag. Wenn die wirkliche Diskussion eingeleitet sei, dann werde wohl der französische Vorsitz die Argumente seiner Regierung vordringen. (W. F. S.)

England und die unverändert unachgiebige Haltung Poincarés.

London, 22. Dez. Die Presse hebt die in Poincarés Stammerede erneut zum Ausdruck kommende unverändert unachgiebige Haltung in der Ruhrfrage hervor. „Daily News“ erklärt, Großbritannien's Vertreter in den Untersuchungskommissionen der Reparationskommission meinten es auf jeden Fall ernst, auch der amerikanische Delegierte David. Keiner dieser Vertreter werde sich mit einer Scheinuntersuchung abgeben lassen oder mit einer solchen, deren Reichweite so beschränkt sei, daß ihre Ergebnisse keine praktische Bedeutung haben könnten.

Poincaré habe keine Andeutung über seine Bereitwilligkeit gemacht, an einer Erörterung der Wirkungen der Ruhrpolitik auf Deutschlands Wirtschaftslage und Reparationsfähigkeit teilzunehmen. Im Gegenteil habe er es gestern nur allzu klar gemacht, daß er seine Politik in seinem einzigen Punkte aufrechterhalte. Und dabei ist, so sagt das Blatt hinzu, die Ruhrbesetzung der Kern der ganzen Frage. Poincaré ist aber durch seine Zustimmung zur Untersuchungskommission soweit gegangen, daß er sich nicht davon zurückziehen oder ihre Tätigkeit zu einer Komödie machen kann. Seine Regierung würde in solchem Falle auf die Geanerkennung der ganzen zivilisierten Welt stoßen, und zwar in einer Form, der keine Nation dauernd Widerstand zu leisten hoffen könne. (W. F. S.)

Ein Schrift des Papstes zugunsten der Ruhrprophet.

Rom, 22. Dez. Heber einen päpstlichen Schrift, der bei Poincaré unternommen wurde, verlautet, daß der Papst anlässlich des Weihnachtsfestes die Bitte an Poincaré richtete, die Ruhrprophet zu begnadigen und den Angehörigen die Heimkehr zu gestatten. Im Vatikan heißt es, daß Poincaré die Bitte des Papstes erfüllen dürfte.

Der Kampf um die deutsche Konkurrenzfähigkeit.

Lohnpolitik und Preispolitik als Kampfmittel.

Es ist natürlich ein ganz einfaches Rechenexempel, Löhne und Preise mit den Friedenslöhnen zu vergleichen und dabei festzustellen, daß ein Arbeiter, der 50 Prozent seines Friedensgehaltens hat, daß ein Angestellter oder Arbeiter, der 50 bis 70 Prozent seines Vorkriegseinkommens bezieht, bei der allgemeinen Steigerung aller Preise bis zum Doppelten und Dreifachen des Friedenspreises nicht seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. Der Lohn reicht in den meisten Fällen gerade zur Erhaltung des nackten Lebens aus. Es kann auch gar kein Zweifel darüber bestehen, daß der gegenwärtige Zustand unhaltbar ist; denn genau so wie es für irgendein Unternehmen eine Lebensbedingung ist, daß seine Gebäude, Maschinen und Rohstoffe zwar andächtig, aber doch auch geschützt, erhalten, erneuert und vermehrt werden müssen, so darf keine Lohnpolitik, die Sinn und Bestand haben soll, vergessen, daß der arbeitende Mensch mit seinen durch Natur und Zeitverhältnisse gegebenen Ansprüchen vor dem Zerfallern bewahrt werden muß. Es braucht auch kein Wort darüber verloren zu werden, daß es niemals im Interesse der Wirtschaft und der produzierenden Kreise liegen kann, durch eine so starke Herabdrückung der Löhne, wie sie im Augenblick besteht, die Kaufkraft des Volkes in einem Maße zu vermindern, daß sie zur Kaufunfähigkeit wird. Eine Abdrückung des für seine Industrie zu entbehrenden inneren Absatzmarktes ist die unausbleibliche Folge und zerstört alle die gütigen Wirkungen, die von einer durch niedrige Löhne herbeigeführten Verringerung der Herstellungskosten ausgehen können. Das sind volkswirtschaftliche Grundgesetze, die gewiß manchmal in falsch verstandenem und übertriebenem Profitstreben von einzelnen Arbeitgebern und Gruppen nicht beachtet werden, die aber niemals, wie anscheinend gegenwärtig, für die ganze Wirtschaft außer acht gelassen werden dürfen. Und trotz dieser volkswirtschaftlichen Gesetze, trotz der Gefahr, die in der Erbitterung, in der nicht unberechtigten Mißstimmung und in der durch sie geradezu herausgeforderten Kampf Stimmung gegen das Kapital liegt, die Lohnpolitik? Es ist gewiß nicht leicht für die Lohn- und Gehaltsempfänger, im Augenblick schärfer eigener Notlage von der individuellen Betrachtungsweise loszukommen. Wenn es aber gelinnet, wenn man den Blick auf das große Ganze richtet, so wird man wohl kaum an der Annahme kommen, daß die großen wirtschaftlichen Verbände die Gefahren nicht sehen sollten, die in der augenblicklichen Lohnpolitik liegen, daß das gewiß nicht arbeitserföndliche Reichsarbeitsministerium, das durch seine Anweisungen an die Schlichtungsbehörden in den verschiedenen Tarifverträgen sich dieser Politik zum mindesten nicht widersetzt, dem Profitstreben der Arbeitgeber den Weg ebnet.

Im Rahmen der großen Wirtschaftspolitik gesehen, stellt sich das Ganze als ein riesiger, in seinen Auswirkungen unerblicher Kampf um die deutsche Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande dar; denn die Exportfähigkeit, die Widergewinnung der im Kriege und durch die augenblicklichen hohen deutschen Preise verlorenen Auslandsmärkte ist entscheidend für Sein oder Nichtsein der deutschen Wirtschaft. Das Ziel läßt sich aber nur erreichen, wenn wir nicht nur auf die Weltmarktpreise zurückgehen, sondern das ganze deutsche Lohn- und Preisniveau dauernd unter dem anderen Wälder halten. Jede Aussicht auf eine deutsche Konkurrenzfähigkeit würde verloren sein, wenn wir heute den Weg versuchten, die unbedingt notwendige Hebung des Lebensstandes der breiten Masse durch eine Anpassung der Löhne und Gehälter an das augenblickliche Preisniveau zu erreichen. Der dauernde Ausblick der nicht mehr wettbewerbsfähigen deutschen Erzeugnisse vom Weltmarkt wäre die nächste unausbleibliche Folge der stabilisierten deutschen Weltmarktpreise, ganz abgesehen von der Gefahr, daß der bis zum Ueberdruß erlebte unheilvolle Kreislauf des wechselseitigen Emportreibens von Löhnen und Preisen wieder beginnt und, da die Zahlungsmittel dann nicht mehr ausreichen, die Währung untergraben wird. Die weitere Folge aber wäre eine Wirtschaftskrise, die die augenblickliche noch in den Schatten stellt. Lohnpolitik muß heute mehr denn je Produktionspolitik sein. Und wenn wir die einzige Möglichkeit wirtschaftlicher Aktivierung, die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, erreichen wollen, und wir müssen sie erreichen, dann kann der Weg nur der sein, daß die Angleichung der Löhne an das Preisniveau durch eine Herabsetzung der Preise erfolgt und dadurch der augenblicklichen scharfen Herabdrückung der Löhne eine nachträgliche Hebung

Zuspitzung der inneren Lage Frankreichs.

Die kriegshafte Lage in Frankreich.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Paris, 22. Dez. Eine vom „Matin“ in auffälliger Aufmachung gebrachte Notiz weist darauf hin, daß der Kampf um die Wahlreform, insbesondere um die Arrondissementswahlen, noch zu schweren Kissen im französischen Parlament führen werde. Poincaré konnte gestern, entgegen den ursprünglichen Plänen, nicht vor der Senatskommission für die Wahlreform erscheinen, da er durch seine über 3½ Stunden dauernde Rede in der Kammer zurückgehalten worden war. Trotz der Drohung Poincarés, in der Angelegenheit der Arrondissementswahlen die Vertragsfrage zu stellen, und trotzdem es bekannt ist, daß auch Präsident Millerand im Falle der Annahme der Arrondissementswahlen zu demissionieren gedenkt, meint der „Matin“, daß die Kommission trotz der Möglichkeit einer Ministerkrisis nicht absteigen wird. Infolgedessen, meint der „Matin“, wird man schließlich doch zu einer Verbeibaltung des Statusquo kommen. In den Wandelgängen der Kammer glaubt man, daß eventuell die Anhänger der Arrondissementswahlen im Senat sich damit begnügen würden, durch Stimmhaltung für die Arrondissementswahlen zu demonstrieren. Angesichts der im allgemeinen, auch zum Beispiel durch die Feuerungsfrage, gespannten innenpolitischen Lage ist aber mit jeder Möglichkeit zu rechnen.

Poincarés ausweichende Haltung in der Kammer.

Paris, 22. Dez. In den französischen parlamentarischen Kreisen hat es Erstaunen erregt, daß Poincaré gestern die ganze Nachmittags-Sitzung der Kammer für seine Rede in Anspruch nahm. Poincaré hat sich sogar durch unverkennbare Müdigkeitskennzeichen der Deputierten, die zum Teil den Poincaré schuldig verurteilten, nicht beirren lassen. Man behauptet, daß er gestern nur die gefährliche Kammerdebatte über die Feuerungsanlagen habe vermeiden wollen. Seine lange Rede habe in erster Linie den Zweck gehabt, den

üblichen Beifall für seine Außenpolitik zu erntefeln und neue Kritiker seiner inneren Politik zunächst nicht an Worte kommen zu lassen und um so heute mit aufgeschwelter Autorität den Standpunkt der Regierung in der Frage der Feuerungsanlagen vertreten zu können. Die heutige Debatte wird Spannung erwecken. Man hält es sogar nicht für ausgeschlossen, daß dadurch eine Umbildung des Kabinetts Poincaré herbeigeführt werden könnte.

Weiterer Sturz des französischen Franken bevorstehend.

Amsterdam, 22. Dez. Die Banken haben große Aufträge bekommen zum Blankoverkauf belgischer und französischer Franken. Aus London liegt dieselbe Mitteilung vor. Es ist also anzunehmen, daß sich in Frankreich und Belgien eine große Verkäufergruppe gebildet hat, und daß ein weiterer Sturz des belgischen und des französischen Franken als bevorstehend anzusehen ist.

Präsident Coolidge soll die Sowjet-Regierung anerkennen.

London, 22. Dez. Reuter berichtet aus Washington, daß eine durchgreifende Untersuchung der gesamten russischen Frage durch den Senatsausschuh für auswärtige Angelegenheiten unter dem Vorsitz des Senators Lodge wahrscheinlich unmittelbar nach den Feiertagen stattfinden werde. Dieses Vorgehen sei gestern beschlossene worden nach der Einbringung einer Resolution durch den Senator Borah, in der Präsident Coolidge aufgefordert wird, die Sowjetregierung anzuerkennen. Borah erklärte, daß keinerlei Beweise für eine russische Propaganda in den Vereinigten Staaten vorhanden seien. Beamte des Staatsdepartements sind jedoch überzeugt, daß sie gegenüber dem Senatsausschuh für auswärtige Angelegenheiten die Echtheit der Dokumente bezüglich der russischen Propaganda darzulegen könnten.

Dollar (Amtlich): 4200 Milliarden